

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Milch-Chocolade
No. 600.

Hoflieferant Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf - Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Martenstraße 38. 40.

Bezugsgebühr
vierteljährlich für Dresden bei täglich postlicher Zustellung (am besten mit Postkarte) nur 1,00 Mk., durch postfreie Remittente 1,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2,00 Mk. (einschließlich Porto). Zu den letzteren vom Erhebungs- u. Umgebungs-Kosten vorher zu zahlen. Abbestellungen erhalten die ausstehenden Beiträge mit der nächsten Ausgabe. Rücksendungen werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif
Annahme von Anzeigen bis nach 3 Uhr, Sonntag nach Mitternacht 10 Uhr. Die erste Spalte 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 5 Pf. Familien-Anzeigen auf 1/2 Spalte 10 Pf., 1/3 Spalte 5 Pf., 1/4 Spalte 3 Pf. — In Nummern nach dem u. Reiterbogen: die erste Spalte 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 5 Pf. — In Nummern nach dem u. Reiterbogen: die erste Spalte 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 5 Pf. — In Nummern nach dem u. Reiterbogen: die erste Spalte 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 5 Pf. — In Nummern nach dem u. Reiterbogen: die erste Spalte 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 5 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 * 2096 * 3601.

K. S. Hoflieferant **B. A. Müller** Prager Str. 32/34
Sport- und Spielwarenhause

Lawn Tennis-Ausstellung.
Viele Neuheiten. Neue! Größte Auswahl.
Lu Paris präparierte **Flugmaschine**, fährt, steigt und fliegt.

Buchholz-Hüte
sind von bekannter Güte
nur **Annenstr. 28**

Wettin-Gartenschläuche
sind die besten.
Gummi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Stiebler & Böttger
Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Markt.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Ziemlich warm, vielwach mottig.

An der 500jährigen Jubelfeier der Universität Leipzig werden sich auch die deutschen Universitäten Oesterreichs beteiligen.

Die verbündeten Regierungen drängen auf eine Entscheidung in der Reichsfinanzreform, doch ist eine Reichstagsauflösung von ihnen nicht ins Auge gefasst.

Die erste Luftschiffverkehrsline wird Friedrichshafen und Straßburg verbinden.

Die gegenwärtigen Manöver der deutschen Hochseeflotte in der Nordsee werden bis zum 27. Mai dauern.

Ein österreichisch-ungarisches Gesandtschaftsmitglied aus Wien dankt die Haltung Deutschlands im österreichisch-serbischen Konflikt.

Die Gärung unter den Postbeamten in Paris hat bedeutende Dimensionen angenommen. Der Streik wird voraussichtlich am Montag erklärt werden.

Von der niederländischen Regierung ist eine internationale Konferenz über das Wechselrecht angesetzt worden.

Reichskanzler Fürst von Bülow.

Fürst Bernhard von Bülow, des neuen Deutschen Reiches vierter Kanzler, hat am 3. Mai das sechzigste Lebensjahr vollendet. „Des Lebens ernstes Führen“ — um dieses klassische Wort auf den Mann anzuwenden, der noch jung in den Reichstagen den Gegnern unserer Staats- und Verfassungsordnung zurief: „Kein Sie Goethe!“ — hat auch Fürst Bülow vom Vater übernommen. Als Sohn des väterlichen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard Ernst von Bülow ist er schon in früherer Jugend mit der diplomatischen Welt in unmittelbare Berührung gekommen, und es waren wohl die so empfangenen, von einer natürlichen Anlage begierig aufgenommenen Eindrücke, die den jungen, im Feldzuge gegen Frankreich vor dem Feinde zum Offizier beförderten Referendar bestimmten, der Verichts- und Verwaltungslaufbahn Ballet zu folgen und sich dem diplomatischen Dienst zuzuwenden. Seitdem sind 38 Jahre vergangen; sie haben den einstigen Herrn von Bülow, der seine Tätigkeit als Attaché in Rom begann, von Votschaft zu Votschaft, von Rom, dem Schauplatz seiner letzten Votschaftstätigkeit, auf den Höhen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und endlich an die Stelle geführt, an der einst ein Bismarck gestanden. Das Vertrauen seines Kaisers hat ihn zum Kanzleramt berufen, der Dank seines Kaisers hat ihm den Grafen- und Fürstentitel und die persönliche Freundschaft des Monarchen verschafft, der Wille seines Kaisers hält ihn auf seinem schweren und verantwortungsvollen Posten.

Fast neun Jahre bereits verwaltet Fürst Bülow das Erste Bismarcksche Staatskennzeichen. Solange noch Deutsche von dem unvergänglichen Ruhm zehren, mit dem Otto von Bismarck den deutschen Namen erhöht hat, solange Deutsche des Besitzes der nationalen Einheit und der nationalen Ehre sich freuen, die Bismarck als treuer deutscher Diener seines kaiserlichen Herrn ihnen gegeben, wird jeder seiner Nachfolger den Vergleich mit dem Großen, Einzigen über sich ergehen lassen müssen. Gewiss, auch Bernhard von Bülow ist kein Otto von Bismarck, und er kann kein Bismarck sein. Ihm fehlt vor allem eins, neben dem alles andere von minderer Belang ist, ihm fehlt jenes imponierende Maß an Autorität und selbstbewußter Kraft, auf das ein leitender Staatsmann, der drei siegreiche Kriege geführt und einem in innerem Hader verflümmerten Volke die Anwartschaft auf eine große Zukunft gegeben hat, in ersten Stunden Anspruch erheben darf. Und dazu kommt ein zweites: Mit dem Wachstum der internationalen Wirtschaftskrisis und Verkehrsbeziehungen haben sich die weltgeschichtlichen Wandlungen haben sich vollzogen, kurz, die Zeiten sind andere, sind ernstere und schwieriger geworden.

Gerechter Weise wird sich diese Unterschiede vor Augen halten müssen, wer Vergleiche zwischen einst und jetzt anstellen will. Sind aber diese Vorbehalte gemacht, dann muß jeder unbefangene Urteilende dem Fürsten von Bülow das Zeugnis geben, daß er nach besten Kräften und vielfach auch mit gutem Erfolge bemüht gewesen ist, die politische und die moralische Hinterlassenschaft Bismarcks zu hüten und zu mehren. Eine andere Persönlichkeit, als es der alters- und willensschwache Fürst zu Hofenlohe ge-

wesen war, trat in dem Fürsten von Bülow an die Leitung der Reichsgeschäfte und an die preussische Ministerpräsidenten-Geschäft heran, mit schärferem, weiter schauendem Blick für das wirtschaftliche Wohl der Nation, als Herr von Caprivi eigen war, leitete er eine neue Ära der Zolltarifgesetzgebung in Deutschland ein und baute auf der Grundlage des neuen Zolltarifs von 1902 ein System von Zusatzverträgen zu den bestehenden Handelsverträgen auf, unter deren Schutz und Schirm die Nation, von einer schnell vorübergehenden Krise um die Wende des Jahrhunderts und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erstickung abgesehen, in ruhiger Entwicklung ihren Wohlstand und ihre produktive Leistungsfähigkeit außerordentlich vermehren konnte. So wenig Fürst von Bülow an die gigantische Größe eines Bismarck heranreichen kann und heranreichen will, so sehr steht er in dieser Beziehung über seinen beiden Vorgängern. Die deutsche Landwirtschaft, aber mit ihr auch Gewerbe, Handel und Verkehr, für die eine ausnahmsfähige, verbrauchende Landwirtschaft die erste Voraussetzung des Gedeihens ist, haben alle Ursache, dankbar des Mannes zu gedenken, dessen durchsichtige, für die deutschen Verhältnisse allein geeignete Wirtschaftspolitik die Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung ganz ungemein gehoben, die Nation zu früher nicht entfernt erreichbaren finanziellen Leistungen befähigt und in der jüngsten Vergangenheit die deutsche Volkswirtschaft vor so verheerenden Wirkungen des Konjunkturrückganges, wie sie England und die Vereinigten Staaten haben ausstehen müssen, erfolgreich bewahrt hat.

Wenn es ferner, allerdings unter Anhängung einer enormen Schuldenlast, dem leitenden Staatsmann gelungen ist, die Wehrmacht des Reiches zu Lande und zu Wasser auszubauen, die übernommenen Bündnisse in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, bzw. zu erneuern und in der auswärtigen Politik die Ehre und die Lebensinteressen der Nation befriedigend zu wahren, so verdient das, gerade weil die internationale Lage von Jahr zu Jahr schwieriger geworden ist und ihren gefährlichen Charakter eigentlich überhaupt nicht mehr verliert, gewiss allseitige Anerkennung. Tatsächlich sind denn auch alle bürgerlichen Parteien im Reiche mit der Führung der auswärtigen Geschäfte, trotz mancher Mißgriffe und Fehlschläge, im großen und ganzen einverstanden.

Die innere Politik, mit deren Aufgaben sich Fürst von Bülow erst als leitender Staatsmann im Reiche und in Preußen praktisch beschäftigen konnte, hat ihm so unbestreitbare Erfolge nicht zuteil werden lassen. Zwar schienen die ersten, allerdings auch mühsam geernteten Früchte der Blockpolitik, das Reichsvereinsgesetz und die Vorkriegsreform, den maranteligen Zug in dem staatsmännischen Bilde des Reichskanzlers, die Verwirklichung des Gedankens einer konservativ-liberalen Interessen- und Aktionsgemeinschaft als berechtigt und ausbildungsfähig zu kennzeichnen. Die Beforgnis aber, daß die im Rahmen der Reichsfinanzreform zu behandelnden Steuer- und Wirtschaftskrisen die parteipolitischen Gegensätze in aller Schärfe hervortreten lassen würden, scheint sich leider bestätigt zu haben. Darum indessen schon jetzt mit einem Ende der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow zu rechnen, wäre voreilig und auch politisch unklug. Der Reichskanzler hat bei seiner Auffassung von dem Wesen und der Art der Durchführung der Reichsfinanzreform nicht nur sämtliche Ressortchefs im Reiche und des gesamten preussischen Staatsministeriums hinter sich, er wickelt sich in dieser Frage auch ein mit den verbündeten Regierungen und mit dem Kaiser. Nicht der Reichstag und noch weniger eine Partei entscheidet darüber, ob der Kanzler bleibt oder sein Portefeuille abzugeben hat. Ein Staatsmann, der seinen politischen Kredit eingestiftet hat im Kampfe gegen die Zentrumsherrschaft, ein Staatsmann, der sich und seine Politik 2 1/2 Jahre lang gegen den doch seiner unverhältnismäßigen Gegner im Zentrum und in der Sozialdemokratie behauptet hat, wird auch den neuen, nicht minder schweren Kampf für die Ehre und die Zukunft des Reiches zu führen wissen. Denn darum handelt es sich jetzt. Aber wie auch der neueste und zugleich schwerste Konflikt sich lösen mag, immer unvergessen bleiben wird dem Fürsten Bülow, daß er der Herrschaft derjenigen Partei, die ihre Macht einzeln und allein dem Gewissensfaktor und dem widerwärtigen Mißbrauch religiöser Gefühle verdankt, ein Ende gemacht, neue, schärfere Maßnahmen der preussischen Innenpolitik gegen den Widerstand des Herrenhauses durchgesetzt und über die

revolutionäre Partei einen Sieg errungen hat, der im ganzen Vaterlande das Wort des Königs von Sachsen wiederholen ließ: „Es ist eine Lust, zu leben!“

Wie Fürst Bülow als Mittler zwischen Kaiser und Volk den bitter-ernsten November-Konflikt zu befriedigendem Abschluß gebracht hat, ist noch in aller Erinnerung. Auf's neue hat Kaiser Wilhelm in seinem ersten Ratgeber in einem herzlichen Glückwunschtelegramm seine vollsten Vertrauens verliehen. Keine wertvollere Gabe als dieses Wort konnte im gegenwärtigen Zeitpunkt die Huld des Monarchen erlangen. Er hat damit den Seiten der Nation aus dem Herzen geschossen, die eben in Nord und Süd, Ost und West, Bayern, Sachsen, Badenier, Württemberger, Preußen einträchtig nebeneinander, dem leitenden Staatsmanne gleichfalls ihr Vertrauen bekundet haben. Möge Fürst Bülow, dessen ganze Kanzlerschaft ein ununterbrochener Kampf im Innern und nach außen gewesen ist und der in gewohnter strenger Pflichterfüllung auch seinen Geburtsort erster Arbeit gewidmet hat, aus diesem Vertrauen die Zuversicht schöpfen, daß Vaterlandsliebe, Königstreue und patriotische Opferwilligkeit seinem finanziellen Reformwerte schließend doch noch über alle Schwierigkeiten hin zum Siege verhelfen werden!

Neueste Drahtmeldungen vom 4. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend gesetzliche Regelung der Reichsverhältnisse der von Arbeitgeber für ihre Arbeiter errichteten Wohlfahrtskassen (Pensions-, Witwen- und Waisenkassen) wird fortgesetzt. — Abg. Krenndt (Reichsp.): In einer so ernsten Zeit, wo ganz Deutschland mit Spannung auf den Reichstag blickt, beschäftigen wir uns nun schon den zweiten Tag mit einer Interpellation, von der auch der Interpellant selber wohl kaum annehmen kann, daß sie irgendwelchen Erfolg hat. Es ist ausgeschlossen, daß die Gesetzgebung auf die Verhältnisse von Unternehmern Einfluß nehmen kann. Mit der Kranken- und den Versicherungs-kassen können diese Verhältnisse nicht verglichen werden. Soweit bei den Werks- und Wohlfahrtskassen Härten bestehen, ist ohne mangelsmäßiges Eingreifen Abhilfe möglich. Wenn z. B. die Beiträge erst vom zweiten Jahre ab erhoben werden, so werden manche Kassen aufhören. — Abgeordneter Brexst (Pole) spricht sich im Sinne der sozialdemokratischen Interpellation aus. — Abg. Behrens (Wirtsch. Baa.): Von den Kruppischen Wohlfahrtskassen müßte man geradezu begeistert sein; jedoch hatten ihnen manche Mängel an. Die Kassen müßten einen gesetzlichen Unterbau bekommen. Auch die Werksbesitzer hätten ein Interesse an den Kassen; denn sie ädnen sich durch sie einen Stamm von sehr guten Arbeitern heran. Selbst bei einer gesetzlichen Regelung der Verhältnisse würden daher die Unternehmer die Kassen nicht aufgeben. Um eine gesetzliche Regelung sei nicht herumzukommen. — Abg. Hengsbach (Soz.) bekämpft die Kassen als arbeiterfeindlich. Die Regierungen setzten sich auch in der vorliegenden Frage als die getreuen Handlanger des Unternehmertums. — Abg. Berner (Reichsp.) erwidert, die Sozialdemokraten suchen nur aus Partisanengründen unsere Zustände herunterzuziehen. Die Kassen seien gut, wenn auch kleine Mängel beständen. — Abg. Dügg (Soz.) verbreitet sich über die historische Entwicklung der Werkskassen und fordert deren Anpassung an die Anforderungen des modernen Lebens. Dem bisherigen Willkürzustande müsse ein Ende gemacht werden, der gesetzliche Zwang müsse eingreifen. Charakteristisch sei, daß immer, wenn es sich um Reformen im Interesse der Arbeiter handle, die Regierungen zurückwichen. Die letzte Bundesratsverordnung in Bezug auf die Maßwerte sei geradezu eine Verhöhnung der Arbeiter. (Präsident Graf Stolberg ruft den Redner dieses Ausdrucks wegen zur Ordnung.) — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Woju die Uebertreibungen des Vortredners? Derlei hat demanget, was ich über den ethischen Gehalt der Wohlfahrtskassen gesagt habe. Aber der ethische Gehalt liegt — und nur das habe ich gesagt — in der Heranziehung der Arbeiter als Träger der Wohlfahrtskassen der Unternehmer. Aber ich will darüber mit dem Vortredner nicht polemisieren. Dadurch fördern wir die Sache nicht. Jedenfalls hat diese Debatte mit zur Klärung beigetragen. Dabei bleibe ich, daß ein Eingreifen der Gesetzgebung in diese Wohlfahrtskassen ihren Fortbestand gefährden könnte. Herr Hengsbach, man habe doch bei den Anwartschaftskassen eingreifen können, weshalb nicht auch hier? Diese letzteren Kassen sind doch seit 1854 obligatorisch, hier aber handelt es sich doch um freiwillige Einrichtungen. Das ist etwas ganz anderes. Am allerwenigsten werden die Unternehmer bei solchen freiwilligen Einrichtungen darauf eingehen, wie es Herr Berner verlangt, daß die Arbeitgeber zwar die Hälfte der Beiträge zahlen müssen, daß aber bei der Verwaltung der Arbeiter im Falle der Stimmengleichheit den Ausschlag zu geben habe. Da ist schon die Forderung logischer, die Pensionskassen obligatorisch zu machen. Aber daß wir in einem Augenblicke, wo ohnehin den Industrien durch die Reform der Arbeiterversicherung neue Lasten aufgelegt werden, noch solche Zusatzkassen obli-

Jede Zeit hat den Staat von Friedrich Schiller